

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Anzeigenpreis: Die Kleingeldseite Seite oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet. Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten. Jeder Anspruch auf Nachschick erlischt, wenn der Anzeigenbetrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Die Ottendorfer Zeitung erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Preis: Vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich 3,40 Mark, jährlich 6,40 Mark. Die Abnahme durch die Boten 2,- Mark. Die Halle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. außergewöhnlicher Störungen des Betriebes der Posten, der Eisenbahnen od. d. Beförderungsanstalten) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Postfach-Anschluß: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kühle, Groß-Okrilla

Nummer 64 Sonntag, den 1. Juni 1919. 18. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Sperrung der Lomnitzer Straße.

Die Lomnitzer Straße (Ottendorf-Lomnitzer Kommune) wird wegen Ausführung von Beschötterungsarbeiten in der Flur Ottendorf

vom 2. bis mit 7 Juni d. J.

dem Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird über Seifersdorf vertrieben. Umwidmungen werden nach § 1 der Verordnung vom 9. Juli 1872, den Verkehr auf öffentlichen Wegen bett. im Selbstvertraue bis zu 30 M. befristet.

Ottendorf-Moritzdorf, am 28. Mai 1919.
Der Gemeindevorstand

Was hat uns die Revolution gebracht?

Es gibt auch heute noch, leider, im deutschen Volke viele Leute, die von dem überaus bedauerlichen Scheitern der Revolution, sei als Tag des „Völkerruhms“ Er müsse ein nationaler Feiertag werden. Der Mensch und urteilende Mensch kann aber einen derart unbedachten Gedanken nur lächeln. Man sollte dieser Gedanke hätte im Irrenhaus das Licht der Erkenntnis, daß die Zeit der Revolution gar nichts sehr viel aber verschlechtert hat, mehrten sich. Im Tempo gehen wir in den Abgrund hinein. Die Industrie geht es seit Beginn der Revolution rasend. Erst kürzlich mußten wir hören, daß ein der wichtigsten Eisenwerke in den beiden letzten Jahren des vergangenen Jahres über 5 Millionen Mark Verlust erlitten hatte. In ähnlicher Lage befindet sich der größte Teil der industriellen Werke, besonders die Bergbau ist als ein zu bezeichnen. Die Lohnsätze sind im Vergleich mit November 1918 in das Unermeßliche gesunken. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die eine Erhöhung der Belegstärke erfordert, und damit eine Verringerung der gesamten Lohnsumme, notwendig macht. Nicht nur die ganz gewaltige Verteuerung der Rohstoffe, sondern die ständige Steigerung der Selbstkosten die bisweilen teilweise beibehalten werden können, ist sehr zu bedauern. Die Regierung hat zwar die geforderte weitere Erhöhung abgelehnt; auf wie lange weiß niemand. Die Regierung tut, wenn das sozialisierte Rohmaterial, was bestimmt anzunehmen ist, nicht nur allein die Rohmaterialpreise erhöhen, die Fehlbeträge an der Erhöhung der Preise herabsetzen? Interessant ist die Wirkung der Preissteigerung auf unsere Selbstkosten bei den Eisenbahnen. Sie erhöht den jetzt schon sehr hohen Fehlbetrag der preussischen Staatsbahn auf 160 Millionen Mark im Jahr. Die Erhöhung der Preise und Güterpreise ist die Erhöhung der Preise und Güterpreise um mehr als die Hälfte. Die Säge liegen, den bei dem 1. April 1918 erfolgten Zuschlag und die Reichsregierung zugerechnet, gegenüber der Friedenszeit um 70 Prozent höher. Macht sich die Erhöhung der Preise erreicht Vollerhöhung wieder bei denselben in Form einer neuerlichen Verteuerung der Lebensmittel bemerklich, so werden neue Forderungen gestellt und immer lauter nach Sozialisierung gerufen. Auch die sozialistische Wirtschaft würde ein Keil den anderen, die Erhöhung der Preise treiben, bis unsere Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und zusammenbrechen würde. Diese sich das Geld gegenseitig aus der Hand nehmen mit Gemeininn. Die Grenze der Preise ist aber schon jetzt nicht mehr exportfähig mit vielen anderen Wettbewerbern gegenüber dem Ausland gegeben. England verkauft schon heute seine Maschinen auf dem Weltmarkt wesentlich billiger als wir. In den meisten Ländern sind in einem Augblicke, der bis oben hin mit Unvernuft und Bosheit. Wo bleibt die Wirtschaft, der diesen Stall reinigen konnte, wo bleibt ein Mensch in der Not?

der jetzt stattgefundenen Sammlung sind über 600 Mark gesammelt worden, dieser Betrag soll dem Verein Heimatbank überwiesen werden mit dem Abkommen, daß dieser die Fürsorge für die hiesigen zurückkehrenden Kriegsgefangenen übernimmt. Der Ausbau des Räderbades ist vollendet und wird beschloffen, für Erwachsene Ausweisarten zum Preise von 1 M. — für Auswärtige zu 1,50 M. — auszustellen, auch sollen die Gemeinden Groß- und Kleinokrilla um Beiträge für das Bad angegangen werden. Ueber die Frage des Flurschusses entspannt sich eine längere Aussprache, da dieses Jahr von der Regierung Militär nicht gestellt wird, es wird die Notwendigkeit anerkannt, daß findet der Vorschlag des landwirtschaftlichen Vereins, 8 hiesige Bauernsöhne damit zu betrauen und die Kosten von etwa 400 M. zum Teil aus der Gemeindefasse zu bezahlen, sehr wenig Beifall des Gemeinderates, da dies eine einseitige Bevorzugung darstellt und wird ein Gesuch zur Dedung der Kosten an die Amtshauptmannschaft beschloffen. Für die Anfechtung im Oberdorf ist die Genehmigung des Landankaufs eingegangen und bereits von den Einwohnern Albin Schmidt, Bruno Richter, Max Menzel und Wilhelm Dreher Gesuche um Baustellen eingereicht worden. Der Verkauf an diese wird zum Preise von 65 Pfg. für den Quadratmeter beschloffen, gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß innerhalb zweier Jahre gebaut werden muß, andernfalls Rückkaufsrecht der Gemeinde eintritt und der Verkauf von mehr als einer Baustelle an eine Person nicht gestattet ist. In dem Erlaß des Finanzministeriums über die Freilassung des Einkommens bis 1100 Mark von der Steuer wird in Bezug auf die Gemeindesteuer beschloffen, diese im Falle der tatsächlichen Bedürftigkeit auch eintreten zu lassen. Ueber die Steuerfrage entspannt sich eine längere Debatte. Während von der einen Seite über zu hohe Steuern geklagt wurde, wurde gleichzeitig über zu laue Anwendung der steuerlichen Befehle Hinweis gemacht und schärfere Heranziehung verlangt. Auf gefällte Anfrage die G-Staatsstellen betr., wird mitgeteilt, daß deren Belieferung jetzt erfolge, in Frage der Herabsetzung spricht sich Herr Birnstengel dahin aus, daß das alte System der Ablieferung nur weiter bestehen möge, da der Bucher darin sonst noch größer werde als wie er schon sei, denn für 50 Pfg. sei soviel so feins zu kriegen. Ueber die Frage der Entlohnung der Arbeiter an der Schüttung der Lomnitzer Straße wird nach längerer Debatte beschloffen, für erwachsene Arbeiter einen Stundenlohn von 1,85 M., für jugendliche von 1,65 M. festzusetzen. Daraus geheime Sitzung.

Es ist mehr als erstaunlich, daß es in Deutschland noch Leute gibt, die den 9. November 1918, den Tag des Ausbruchs der Revolution, als den beginnenden „Völkerruhms“ preisen. Wir fragen uns, wenn so der „Völkerruhms“ ausbleibt, was soll uns dann erst der Winter bringen? Jeder vernünftige Mensch sollte daher mitwirken, daß die mehr als chaotischen Zustände beseitigt werden und daß der deutsche Bürger friedlich seinem Beruf nachgehen kann.

Die Erkenntnis, daß die Zeit der Revolution gar nichts sehr viel aber verschlechtert hat, mehrten sich. Im Tempo gehen wir in den Abgrund hinein. Die Industrie geht es seit Beginn der Revolution rasend. Erst kürzlich mußten wir hören, daß ein der wichtigsten Eisenwerke in den beiden letzten Jahren des vergangenen Jahres über 5 Millionen Mark Verlust erlitten hatte. In ähnlicher Lage befindet sich der größte Teil der industriellen Werke, besonders die Bergbau ist als ein zu bezeichnen. Die Lohnsätze sind im Vergleich mit November 1918 in das Unermeßliche gesunken. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die eine Erhöhung der Belegstärke erfordert, und damit eine Verringerung der gesamten Lohnsumme, notwendig macht. Nicht nur die ganz gewaltige Verteuerung der Rohstoffe, sondern die ständige Steigerung der Selbstkosten die bisweilen teilweise beibehalten werden können, ist sehr zu bedauern. Die Regierung hat zwar die geforderte weitere Erhöhung abgelehnt; auf wie lange weiß niemand. Die Regierung tut, wenn das sozialisierte Rohmaterial, was bestimmt anzunehmen ist, nicht nur allein die Rohmaterialpreise erhöhen, die Fehlbeträge an der Erhöhung der Preise herabsetzen? Interessant ist die Wirkung der Preissteigerung auf unsere Selbstkosten bei den Eisenbahnen. Sie erhöht den jetzt schon sehr hohen Fehlbetrag der preussischen Staatsbahn auf 160 Millionen Mark im Jahr. Die Erhöhung der Preise und Güterpreise ist die Erhöhung der Preise und Güterpreise um mehr als die Hälfte. Die Säge liegen, den bei dem 1. April 1918 erfolgten Zuschlag und die Reichsregierung zugerechnet, gegenüber der Friedenszeit um 70 Prozent höher. Macht sich die Erhöhung der Preise erreicht Vollerhöhung wieder bei denselben in Form einer neuerlichen Verteuerung der Lebensmittel bemerklich, so werden neue Forderungen gestellt und immer lauter nach Sozialisierung gerufen. Auch die sozialistische Wirtschaft würde ein Keil den anderen, die Erhöhung der Preise treiben, bis unsere Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und zusammenbrechen würde. Diese sich das Geld gegenseitig aus der Hand nehmen mit Gemeininn. Die Grenze der Preise ist aber schon jetzt nicht mehr exportfähig mit vielen anderen Wettbewerbern gegenüber dem Ausland gegeben. England verkauft schon heute seine Maschinen auf dem Weltmarkt wesentlich billiger als wir. In den meisten Ländern sind in einem Augblicke, der bis oben hin mit Unvernuft und Bosheit. Wo bleibt die Wirtschaft, der diesen Stall reinigen konnte, wo bleibt ein Mensch in der Not?

der jetzt stattgefundenen Sammlung sind über 600 Mark gesammelt worden, dieser Betrag soll dem Verein Heimatbank überwiesen werden mit dem Abkommen, daß dieser die Fürsorge für die hiesigen zurückkehrenden Kriegsgefangenen übernimmt. Der Ausbau des Räderbades ist vollendet und wird beschloffen, für Erwachsene Ausweisarten zum Preise von 1 M. — für Auswärtige zu 1,50 M. — auszustellen, auch sollen die Gemeinden Groß- und Kleinokrilla um Beiträge für das Bad angegangen werden. Ueber die Frage des Flurschusses entspannt sich eine längere Aussprache, da dieses Jahr von der Regierung Militär nicht gestellt wird, es wird die Notwendigkeit anerkannt, daß findet der Vorschlag des landwirtschaftlichen Vereins, 8 hiesige Bauernsöhne damit zu betrauen und die Kosten von etwa 400 M. zum Teil aus der Gemeindefasse zu bezahlen, sehr wenig Beifall des Gemeinderates, da dies eine einseitige Bevorzugung darstellt und wird ein Gesuch zur Dedung der Kosten an die Amtshauptmannschaft beschloffen. Für die Anfechtung im Oberdorf ist die Genehmigung des Landankaufs eingegangen und bereits von den Einwohnern Albin Schmidt, Bruno Richter, Max Menzel und Wilhelm Dreher Gesuche um Baustellen eingereicht worden. Der Verkauf an diese wird zum Preise von 65 Pfg. für den Quadratmeter beschloffen, gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß innerhalb zweier Jahre gebaut werden muß, andernfalls Rückkaufsrecht der Gemeinde eintritt und der Verkauf von mehr als einer Baustelle an eine Person nicht gestattet ist. In dem Erlaß des Finanzministeriums über die Freilassung des Einkommens bis 1100 Mark von der Steuer wird in Bezug auf die Gemeindesteuer beschloffen, diese im Falle der tatsächlichen Bedürftigkeit auch eintreten zu lassen. Ueber die Steuerfrage entspannt sich eine längere Debatte. Während von der einen Seite über zu hohe Steuern geklagt wurde, wurde gleichzeitig über zu laue Anwendung der steuerlichen Befehle Hinweis gemacht und schärfere Heranziehung verlangt. Auf gefällte Anfrage die G-Staatsstellen betr., wird mitgeteilt, daß deren Belieferung jetzt erfolge, in Frage der Herabsetzung spricht sich Herr Birnstengel dahin aus, daß das alte System der Ablieferung nur weiter bestehen möge, da der Bucher darin sonst noch größer werde als wie er schon sei, denn für 50 Pfg. sei soviel so feins zu kriegen. Ueber die Frage der Entlohnung der Arbeiter an der Schüttung der Lomnitzer Straße wird nach längerer Debatte beschloffen, für erwachsene Arbeiter einen Stundenlohn von 1,85 M., für jugendliche von 1,65 M. festzusetzen. Daraus geheime Sitzung.

Es ist mehr als erstaunlich, daß es in Deutschland noch Leute gibt, die den 9. November 1918, den Tag des Ausbruchs der Revolution, als den beginnenden „Völkerruhms“ preisen. Wir fragen uns, wenn so der „Völkerruhms“ ausbleibt, was soll uns dann erst der Winter bringen? Jeder vernünftige Mensch sollte daher mitwirken, daß die mehr als chaotischen Zustände beseitigt werden und daß der deutsche Bürger friedlich seinem Beruf nachgehen kann.

Die Erkenntnis, daß die Zeit der Revolution gar nichts sehr viel aber verschlechtert hat, mehrten sich. Im Tempo gehen wir in den Abgrund hinein. Die Industrie geht es seit Beginn der Revolution rasend. Erst kürzlich mußten wir hören, daß ein der wichtigsten Eisenwerke in den beiden letzten Jahren des vergangenen Jahres über 5 Millionen Mark Verlust erlitten hatte. In ähnlicher Lage befindet sich der größte Teil der industriellen Werke, besonders die Bergbau ist als ein zu bezeichnen. Die Lohnsätze sind im Vergleich mit November 1918 in das Unermeßliche gesunken. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die eine Erhöhung der Belegstärke erfordert, und damit eine Verringerung der gesamten Lohnsumme, notwendig macht. Nicht nur die ganz gewaltige Verteuerung der Rohstoffe, sondern die ständige Steigerung der Selbstkosten die bisweilen teilweise beibehalten werden können, ist sehr zu bedauern. Die Regierung hat zwar die geforderte weitere Erhöhung abgelehnt; auf wie lange weiß niemand. Die Regierung tut, wenn das sozialisierte Rohmaterial, was bestimmt anzunehmen ist, nicht nur allein die Rohmaterialpreise erhöhen, die Fehlbeträge an der Erhöhung der Preise herabsetzen? Interessant ist die Wirkung der Preissteigerung auf unsere Selbstkosten bei den Eisenbahnen. Sie erhöht den jetzt schon sehr hohen Fehlbetrag der preussischen Staatsbahn auf 160 Millionen Mark im Jahr. Die Erhöhung der Preise und Güterpreise ist die Erhöhung der Preise und Güterpreise um mehr als die Hälfte. Die Säge liegen, den bei dem 1. April 1918 erfolgten Zuschlag und die Reichsregierung zugerechnet, gegenüber der Friedenszeit um 70 Prozent höher. Macht sich die Erhöhung der Preise erreicht Vollerhöhung wieder bei denselben in Form einer neuerlichen Verteuerung der Lebensmittel bemerklich, so werden neue Forderungen gestellt und immer lauter nach Sozialisierung gerufen. Auch die sozialistische Wirtschaft würde ein Keil den anderen, die Erhöhung der Preise treiben, bis unsere Volkswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren und zusammenbrechen würde. Diese sich das Geld gegenseitig aus der Hand nehmen mit Gemeininn. Die Grenze der Preise ist aber schon jetzt nicht mehr exportfähig mit vielen anderen Wettbewerbern gegenüber dem Ausland gegeben. England verkauft schon heute seine Maschinen auf dem Weltmarkt wesentlich billiger als wir. In den meisten Ländern sind in einem Augblicke, der bis oben hin mit Unvernuft und Bosheit. Wo bleibt die Wirtschaft, der diesen Stall reinigen konnte, wo bleibt ein Mensch in der Not?

der jetzt stattgefundenen Sammlung sind über 600 Mark gesammelt worden, dieser Betrag soll dem Verein Heimatbank überwiesen werden mit dem Abkommen, daß dieser die Fürsorge für die hiesigen zurückkehrenden Kriegsgefangenen übernimmt. Der Ausbau des Räderbades ist vollendet und wird beschloffen, für Erwachsene Ausweisarten zum Preise von 1 M. — für Auswärtige zu 1,50 M. — auszustellen, auch sollen die Gemeinden Groß- und Kleinokrilla um Beiträge für das Bad angegangen werden. Ueber die Frage des Flurschusses entspannt sich eine längere Aussprache, da dieses Jahr von der Regierung Militär nicht gestellt wird, es wird die Notwendigkeit anerkannt, daß findet der Vorschlag des landwirtschaftlichen Vereins, 8 hiesige Bauernsöhne damit zu betrauen und die Kosten von etwa 400 M. zum Teil aus der Gemeindefasse zu bezahlen, sehr wenig Beifall des Gemeinderates, da dies eine einseitige Bevorzugung darstellt und wird ein Gesuch zur Dedung der Kosten an die Amtshauptmannschaft beschloffen. Für die Anfechtung im Oberdorf ist die Genehmigung des Landankaufs eingegangen und bereits von den Einwohnern Albin Schmidt, Bruno Richter, Max Menzel und Wilhelm Dreher Gesuche um Baustellen eingereicht worden. Der Verkauf an diese wird zum Preise von 65 Pfg. für den Quadratmeter beschloffen, gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß innerhalb zweier Jahre gebaut werden muß, andernfalls Rückkaufsrecht der Gemeinde eintritt und der Verkauf von mehr als einer Baustelle an eine Person nicht gestattet ist. In dem Erlaß des Finanzministeriums über die Freilassung des Einkommens bis 1100 Mark von der Steuer wird in Bezug auf die Gemeindesteuer beschloffen, diese im Falle der tatsächlichen Bedürftigkeit auch eintreten zu lassen. Ueber die Steuerfrage entspannt sich eine längere Debatte. Während von der einen Seite über zu hohe Steuern geklagt wurde, wurde gleichzeitig über zu laue Anwendung der steuerlichen Befehle Hinweis gemacht und schärfere Heranziehung verlangt. Auf gefällte Anfrage die G-Staatsstellen betr., wird mitgeteilt, daß deren Belieferung jetzt erfolge, in Frage der Herabsetzung spricht sich Herr Birnstengel dahin aus, daß das alte System der Ablieferung nur weiter bestehen möge, da der Bucher darin sonst noch größer werde als wie er schon sei, denn für 50 Pfg. sei soviel so feins zu kriegen. Ueber die Frage der Entlohnung der Arbeiter an der Schüttung der Lomnitzer Straße wird nach längerer Debatte beschloffen, für erwachsene Arbeiter einen Stundenlohn von 1,85 M., für jugendliche von 1,65 M. festzusetzen. Daraus geheime Sitzung.

Neuestes vom Tage.

— Unabhängig von der Ueberreichung der deutschen Antwort, deren Anfang noch am Mittwoch abend übergeben wurde, soll auch noch eine Antwortnote auf Clemenceaus Erwiderung über die Kriegsgefangenen übergeben werden. Der Wortlaut darf noch nicht mitgeteilt werden, doch kann angedeutet werden, daß die deutsche Antwort in einem sehr würdigen und feinen Ton gehalten ist und auf alle von Clemenceau betonten Hauptpunkte eine deutliche Klarstellung gibt. Besonders wird in der Frage der Rückführung aller Kriegsgefangenen, einschließlich der wegen Vergehen und Verbrechen bestrafte, volle Gleichmäßigkeit verlangt und die Behauptung, die Behandlung in den deutschen Gefangenenlagern könne mit der Behandlung in den Entente-Lagern gar nicht verglichen werden, energisch zurückgewiesen. Es wird eine genaue Statistik der Verbrechen gegeben, wegen deren die Kriegsgefangenen nur einer feindlichen Nation in Deutschland bestraft werden müßten. Diese Aufzählung zeigt, daß Verbrechen schwerster Art zur Aburteilung gekommen sind, während noch französische Straflisten die meisten deutschen Gefangenen in Frankreich nur wegen Gehorsamsverweigerung mit unverhältnismäßig hohen Strafen belegt worden sind. Täglich treffen aus verschiedenen Lagern Anzeigen neuer Fälle ein, deren Täter sich nun nach Auslieferung der Waffenstillstandsbedingungen bereits wieder in Frankreich befinden. Die Welt, die hoffentlich den vollen Inhalt der deutschen Note erfahren wird, muß auch wissen, daß nach einem vom internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Genf eingesandten Schreiben französische Arbeiterfrauen gegen die unmwürdige und grausame Behandlung deutscher Kriegsgefangener in einem französischen Lager Protest erhoben haben. Auch die aus dem Haag im „Berliner Tageblatt“ berichtete und von anderer Seite bezweifelte Angabe, es bestöhe in Frankreich die Absicht, die Gefangenen auch nach Abschluß des Friedens noch zurückzuhalten und zum Wiederaufbau zu verwenden, ist sehr zutreffend. Erkundigungen an neutraler zuverlässiger Stelle haben ergeben, daß solche Pläne wirklich bestehen. Von unabhängiger Seite wird weiter erklärt: Die feindlichen Regierungen haben die Entlassung der gerichtlich verurteilten deutschen Kriegsgefangenen bei Friedensschluß mit dem Hinweis verweigert, daß unter ihnen sich ein Mörder befindet, der eine französische Bauernfrau umgebracht hat. Diese Begründung ist vom Standpunkt der Gegenseitigkeit aus unhaltbar, denn unter den gerichtlich verurteilten feindlichen Kriegsgefangenen, zu deren Entlassung sich Deutschland im Waffenstillstandsvertrag verpflichtet, befinden sich zahlreiche Verbrecher. Allein bei den über 4300 gerichtlich bestrafte Franzosen lagen unter anderem folgende Straftaten vor: 3 Totschläge, 252 gefährliche Körperverletzungen, davon 4 mit tödlichem Ausgang, 278 tätliche Angriffe auf Posten, 155 Stillschleppverbrechen, darunter widernatürliche Unzucht und Mißbrauch Winderjähriger, 15 Brandstiftungen, 355 Diebstähle, 69 Unterschlagungen, 31 Meineide usw.

Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 31. Mai 1919

— Gemeinderats-Sitzung am 30. Mai. Der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand Richter eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß der Schulvorstand den bisherigen Hilfslehrer Reich als ständigen Lehrer gewählt habe. Von den Kauf eines Krankenwagens von der Herodesverwaltung wird infolge des hohen Preises Abstand genommen. Ein Baugesuch des Bauweisers Ehrig an der Radeburgerstraße wird unter den üblichen Bedingungen, das Baugesuch Thiene nach erfolgten Abänderungen genehmigt. In der Baugesuch Krebs, Ausbau des Nebenhausobergeschosses zu Wohnzwecken spricht der Gemeinderat seine Genehmigung aus. In den weiteren Bauarbeiten Schrotz am Feldwege und Kurt Matthes an der Dresdenstraße wird unter den schon früher festgelegten Bedingungen Genehmigung erteilt. Ueber die Frage der Fürsorge für heimkehrende Kriegsgefangene teilt der Vorsitzende mit, daß 36 Mann infrage kommen, bei

der jetzt stattgefundenen Sammlung sind über 600 Mark gesammelt worden, dieser Betrag soll dem Verein Heimatbank überwiesen werden mit dem Abkommen, daß dieser die Fürsorge für die hiesigen zurückkehrenden Kriegsgefangenen übernimmt. Der Ausbau des Räderbades ist vollendet und wird beschloffen, für Erwachsene Ausweisarten zum Preise von 1 M. — für Auswärtige zu 1,50 M. — auszustellen, auch sollen die Gemeinden Groß- und Kleinokrilla um Beiträge für das Bad angegangen werden. Ueber die Frage des Flurschusses entspannt sich eine längere Aussprache, da dieses Jahr von der Regierung Militär nicht gestellt wird, es wird die Notwendigkeit anerkannt, daß findet der Vorschlag des landwirtschaftlichen Vereins, 8 hiesige Bauernsöhne damit zu betrauen und die Kosten von etwa 400 M. zum Teil aus der Gemeindefasse zu bezahlen, sehr wenig Beifall des Gemeinderates, da dies eine einseitige Bevorzugung darstellt und wird ein Gesuch zur Dedung der Kosten an die Amtshauptmannschaft beschloffen. Für die Anfechtung im Oberdorf ist die Genehmigung des Landankaufs eingegangen und bereits von den Einwohnern Albin Schmidt, Bruno Richter, Max Menzel und Wilhelm Dreher Gesuche um Baustellen eingereicht worden. Der Verkauf an diese wird zum Preise von 65 Pfg. für den Quadratmeter beschloffen, gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß innerhalb zweier Jahre gebaut werden muß, andernfalls Rückkaufsrecht der Gemeinde eintritt und der Verkauf von mehr als einer Baustelle an eine Person nicht gestattet ist. In dem Erlaß des Finanzministeriums über die Freilassung des Einkommens bis 1100 Mark von der Steuer wird in Bezug auf die Gemeindesteuer beschloffen, diese im Falle der tatsächlichen Bedürftigkeit auch eintreten zu lassen. Ueber die Steuerfrage entspannt sich eine längere Debatte. Während von der einen Seite über zu hohe Steuern geklagt wurde, wurde gleichzeitig über zu laue Anwendung der steuerlichen Befehle Hinweis gemacht und schärfere Heranziehung verlangt. Auf gefällte Anfrage die G-Staatsstellen betr., wird mitgeteilt, daß deren Belieferung jetzt erfolge, in Frage der Herabsetzung spricht sich Herr Birnstengel dahin aus, daß das alte System der Ablieferung nur weiter bestehen möge, da der Bucher darin sonst noch größer werde als wie er schon sei, denn für 50 Pfg. sei soviel so feins zu kriegen. Ueber die Frage der Entlohnung der Arbeiter an der Schüttung der Lomnitzer Straße wird nach längerer Debatte beschloffen, für erwachsene Arbeiter einen Stundenlohn von 1,85 M., für jugendliche von 1,65 M. festzusetzen. Daraus geheime Sitzung.

Dresden. Vor einigen Tagen war in Vorstadt Gotta ein 1½ Jahre altes Kind plötzlich verstorben. Es war von der Kindesmutter, der 23-jährigen Fabrikarbeiterin Dutsch, in Pflege gegeben worden. Auf den Verdacht hin, daß es nicht eines natürlichen Todes verstorben sei, wurde der Kindesleichenam gerichtsarztlich geöffnet. Die Sektion bestätigte den Verdacht. Im Magen des unehelich geborenen Kindes fand man eine ätzende Flüssigkeit vor, die den Tod herbeigeführt hat. Nach Verhör der Pflegemutter und der Kindesmutter gestand letztere ein, daß sie auf Veranlassung ihres Liebhabers, des Schlossers Richter, das Kind durch Einflößen einer Säure getötet habe. Die Dutsch wurde daraufhin vom Kriminalpolizei Lebbau verhaftet, während nach dem mitschuldigen Richter noch eifrig gefahndet wird.

— In der Nacht zum Donnerstag glückte es einem Gendarmen des 2. Sicherheitsbezirks auf der König-Johann-Straße Schleihändler, die ein zwei Fentner schweres Schwein und einen Rehbock auf einem Wagen in Rörben vom Hauptbahnhof brachten und in hiesigen Gastwirtschaften ablegen wollten, abzufassen. Die Polizei nahm die vom Bande eingelieferten Tiere in Verwahrung und lieferte sie an die zuständigen Stellen ab. Der gewerbsmäßige Schleihändler wurde festgenommen.

— Die Reichsfleischstelle hat mit Rücksicht auf das Sinken der Valuta sich genötigt gesehen, die Preise für das amerikanische Pölschweinefleisch zu erhöhen. Das Fleisch wird künftig zu dem Kleinhandelspreis von 6,96 Mark für das Pfund ausgeben. Vom 1. Juni 1919 werden nach der Bekanntmachung des Ministeriums vom 9. Mai die Verkaufspreise je nach dem Einkommen der Haushaltungsvorwände gestaffelt, sodas die Verbraucher mit den höheren Einkommensklassen für das Pfund 8 Mark und 9,60 Mark zu bezahlen haben.

